



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

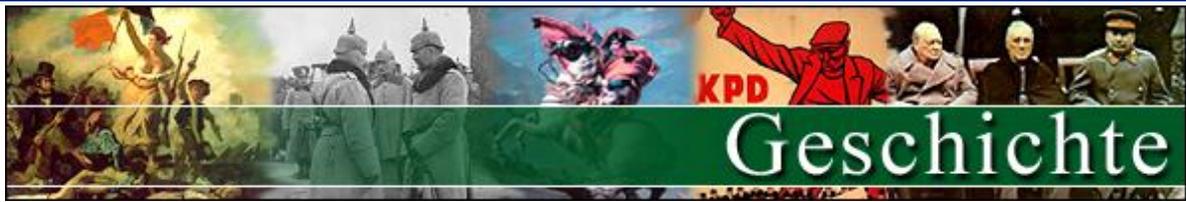
Auszug aus:

*Der Versailler Vertrag als Belastung der Weimarer Republik - 2
Quellen (Rede und Karikatur)*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Titel:

Ausführliche Quellenanalyse und Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular

Der Versailler Vertrag als Belastung der Weimarer Republik – 2 Quellen (Rede und Karikatur)

Bestellnummer:

62644

Kurzvorstellung:

- Diese ausführlichen Quellenanalysen mit Musterlösungen und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Mittel- und Oberstufe thematisieren den Versailler Vertrag und die Weimarer Republik anhand einer Schrift- und einer Bildquelle.
- Die Schülerinnen und Schüler analysieren die Quellen und setzen sie mit dem jeweiligen historischen Kontext in Beziehung. Anhand verschiedener Aufgaben beziehen sie kritisch Stellung zum Thema.
- Geschichtsklausuren von School-Scout sind gleich doppelt für Sie aufbereitet: Zum einen bieten wir Ihnen eine ausführliche Quellenanalyse mit Voranalyse und Hauptanalyse und zusätzlich eine ausgearbeitete Klausur inklusive Musterlösung, Erwartungshorizont und Benotungsformular zur schnellen und gerechten Korrektur.

Inhaltsübersicht:

- Zwei Quellen: Rede des Reichskanzlers Bauer vor der Nationalversammlung, Karikatur zum Versailler Vertrag aus der Zeitung „St. Louis Post-Dispatch“
- Voranalyse (historischer Kontext und Quellenkritik)
- Sprachliche und inhaltliche Analyse
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur
- Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung

Einleitung

Die Klausur thematisiert den Versailler Vertrag und seine Auswirkungen auf die Weimarer Republik anhand einer Text- und einer Bildquelle. Die Rede des Reichskanzlers Bauer und eine Karikatur aus einer amerikanischen Zeitung sollen in den historischen Kontext eingebettet und analysiert werden. Dadurch werden die SuS dazu angeleitet, ihre Kompetenzen im Umgang mit Quellen zum einen und ihre Sachkenntnis über den Versailler Vertrag und die Weimarer Republik zum anderen abzurufen. Die kritische Stellungnahme zu den Quellen bildet einen Kernteil der Klausur.

Die Quellen

A) REICHSKANZLER GUSTAV BAUER AM 22. JUNI VOR DER NATIONALVERSAMMLUNG

Am 20. Juni trat das Regierungskabinett unter Philipp Scheidemann (SPD – Zentrum – DDP) zurück. Dem neuen Kabinett (SPD – Zentrum) stand der SPD-Politiker Gustav Bauer als Reichskanzler vor.

„[...] Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen unserer Gegner eine helle Empörung den einzelnen wie die Gesamtheit fortreibt und daß diese Empörung sich Luft machen muß. Aber wenn ich bei der Übernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: lassen Sie Annahme und Ablehnung nicht zur Parteisache werden! Glauben Sie auf der einen Seite nicht, die Befürworter der Ablehnung seien volksfremde Chauvinisten oder gar Interessenpolitiker, die ein Vorteil der Klasse oder des Geldbeutels zur Verweigerung der Unterschrift veranlasse. Und glauben Sie auf der anderen Seite nicht, daß die Frauen und Männer, die sich notgedrungen und unter Selbstüberwindung zur Annahme bekennen, feig und schlapp seien oder am Ende kein Gefühl für nationales Selbstbewußtsein hätten! Wer sich ernsthaft, mit ganzem Herzen mit der Prüfung der Frage beschäftigt hat, ob zu unterschreiben sei oder nicht, der weiß, wie ungeheuer schwer die Entscheidung ist. Auf beiden Seiten stehen eine Menge gewichtiger Gründe, die kein verantwortungsvoller Mensch überhören kann. Heute nun ist der Tag der Entscheidung, heute müssen sich die Wege zum einen oder zum anderen Ziele voneinander trennen. Die Zeit der Erwägung und der Abwägung ist vorüber; die Stunde des Handelns ist gekommen und damit auch die Stunde der Verantwortung. [...]

Am Montagabend [23. Juni], ihr Frauen und Mädchen, soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist! Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch, zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk, das nur zwei Gebote kennt: nach außen wieder gutzumachen und nach innen seine im Zusammenbruch errungene Freiheit auszubauen. Und wenn wir tausendfach die Ohnmacht des Worts und des Protestes erlebt haben – in dieser Stunde auf Leben und Tod, unter den Kanonen des drohenden Einmarsches, als Sprecher von Ihnen allen, von Ihren Sorgen und Ihrer Empörung, rufe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland: Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und der Vernichtung! Protest gegen diese Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diese Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! Wer kann sich in irgendeinem Volk noch Demokrat nennen und verwirft diese Despotie der Sieger nicht? Wer kann sich noch Sozialist nennen und erhebt sich nicht gegen dieses Ausbeutertum der Imperialisten? Wer kann sich noch Pazifist nennen und kämpft nicht bis zum letzten gegen diese Friedensvertrag genannte Kriegserklärung? Keine Unterschrift entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören!

„Ihr letztes Wort“ – so hat die Entente ihre Vorschläge vom 16. Juni genannt. Die Reichsregierung hat davon abgesehen, aus der fast unabsehbaren Reihe mehr oder minder unerträglicher Bedingungen die eine oder die andere noch abzuhandeln. Dieser Vertrag verliert seinen vernichtenden Charakter nicht durch Veränderungen von Einzelheiten. Die Äußerungen der Parteien der Nationalversammlung, welche über die Mehrheit der Stimmen verfügen, lassen kaum einen Zweifel, daß diejenigen in der Minderheit sind, welche die Zukunft unseres Volkes durch eine Annahme schwerer zu gefährden glauben als durch eine Ablehnung. Dem muß eine Regierung Rechnung tragen, die das Volk nicht nach 48 Stunden vor eine neue, vielleicht tödliche Krise stellen will. Denn die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages. Ein Nein wäre nur eine kurze Hinausschiebung des Ja! Unsere Widerstandskraft ist gebrochen; ein Mittel der Abwendung gibt es nicht. Wohl aber bietet der Vertrag selbst eine Handhabe, die wir uns nicht entreißen lassen können. Ich denke hier an die feierliche Zusage der Entente in ihrem Memorandum vom 16. Juni 1919, wonach eine Revision des heute vorliegenden Vertrages von Zeit zu Zeit eintreten und diesen neuen Ereignissen und neu eintretenden Verhältnissen angepaßt werden kann. Das ist eines der wenigen Worte in diesem Friedensvertrag, das wirklichen Friedensgeist atmet.

Im Namen der Reichsregierung [...] habe ich daher zu erklären, daß sie in Würdigung aller dieser Umstände und vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen! Sie wird diese Vollmacht erteilen, indem sie den Gegnern unumwunden erklärt, kein Volk, auch keine der alliierten und assoziierten Mächte könne dem deutschen Volke zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Glieder vom Körper des Deutschen Reichs ohne Befragung der in Betracht kommenden Bevölkerung abgetrennt, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. Wenn sie dennoch unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. [...] Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rücksichtsloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Wir fühlen uns daher zu der Erklärung verpflichtet, daß wir alle Vorbehalte machen und jede Verantwortung ablehnen gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß.

Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterschrift nicht decken. [...]“

(Aus: E. Heilfron (Hrsg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Bd. 4., Berlin 1921, 2719–2724. Rechtschreibung entspricht der Quelle.)

B) KARIKATUR DES AMERIKANISCHEN KARIKATURISTEN DANIEL FITZPATRICK,
18. OKTOBER 1930

Am 18. Oktober 1930 erschien in der liberal ausgerichteten US-amerikanischen Zeitung „*St. Louis Post-Dispatch*“ die Karikatur „*The Source*“. Anlass war der Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September 1930.



THE SOURCE.

(Aus: St. Louis Post-Dispatch, 18. Oktober 1930.)



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Der Versailler Vertrag als Belastung der Weimarer Republik - 2
Quellen (Rede und Karikatur)*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

